

**Dringliche Anfrage**

Fraktion der SPD

Hannover, den 23.09.2013

**Nach der Bundestagswahl: Welche Anforderungen stellt Niedersachsen an die neue Bundesregierung?**

Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen setzt nach eigenen Aussagen auf eine zukunftsfähige Politik, die soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Erfolg und ökologische Vernunft verbindet. „Für mich zählt bei der 100-Tage-Bilanz, dass nach der Wahl noch gilt, was vor der Wahl versprochen wurde. Und da scheint Rot-Grün in Niedersachsen auf gutem Weg“, bilanzierte Georg Bukes vom Nordwest-Radio am 30. Mai 2013.

Folgende politische Schwerpunkte sind auf den Weg gebracht:

- In der Bildungspolitik sollen beginnend mit dem Haushalt 2014 eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung, ein Ganztagschulprogramm und die Abschaffung der Studiengebühren beschlossen werden.
- In der Haushaltspolitik sollen die Konsolidierung des Haushaltes, die Einhaltung der Schuldenbremse und die Bildung von politischen Schwerpunkten verankert werden.
- In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik liegen politische Aktivitäten für den Mindestlohn, aber auch mit dem Programm gegen den Missbrauch von Werkverträgen vor.
- In der Wirtschaftspolitik wird die regionale Förderpolitik mit dem Ziel einer stärkeren Bündelung verändert.
- In der Energiepolitik ist ein Kompromiss für die neue Endlagersuche erreicht.
- In der Landwirtschaftspolitik werden Regelungen für eine verbraucherorientierte, gesunde Tierhaltung aufgestellt.

Vor dem Hintergrund der voraussichtlich ab Anfang Oktober beginnenden Sondierungsgespräche zur Bildung einer neuen Bundesregierung fragen wir die Landesregierung exemplarisch:

1. Welche gesetzlichen Blockaden müssen abgebaut und welche Reformschritte müssen unmittelbar eingeleitet werden, um die stecken gebliebene Energiewende zum Erfolg zu führen?
2. Welche Maßnahmen und welche finanziellen Anstrengungen sind von Bund und Ländern in der Bildungspolitik erforderlich, um in ganz Deutschland ein auf Chancengleichheit und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ausgerichtetes Bildungssystem - von den Kitas über die Schulen bis zur Hochschule - zu gestalten?
3. Welche Erwartungen hat die Landesregierung an die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ausrichtung der Politik der künftigen Bundesregierung, um das rot-grüne Ziel der sozialen Gerechtigkeit voranzutreiben, so wie es in der Koalitionsvereinbarung formuliert wurde?

Grant Hendrik Tonne  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Ausgegeben am 23.09.2013)